

Westdeutscher Rundfunk 50600 Köln

Herr F. Klinkhammer
f.klinkhammer@gmx.deHerr Volker Bräutigam
v.braeutigam@googlemail.com

Westdeutscher Rundfunk

Appellhofplatz 1 50667 Köln
Telefon +49 (0)221 220 2100
Telefax +49 (0)221 220 772100

Köln, 22. Dezember 2015

Ihr Schreiben vom 29. Oktober 2015

Sehr geehrte Herren Klinkhammer und Bräutigam,

vielen Dank für Ihre E-Mail vom 19. November 2015 an den Norddeutschen Rundfunk. Der NDR hat uns Ihr Schreiben am 23. November 2015 weitergeleitet, da Ihre Beschwerde einen Beitrag der WDR-Korrespondentin Golineh Atai in der *Tagesschau* vom 17. November 2015 betrifft. Auf Ihre Vorwürfe hierzu antworte ich Ihnen gerne.

Sie beziehen sich auf § 11 e Rundfunkstaatsvertrag in Verbindung mit den ARD Grundsätzen der ARD Gemeinschaftsprogramme „3. Anforderungen insbesondere an Informationssendungen und –angebote“. Sie tragen vor, dass die dort aufgestellten Anforderungen bei dem Bericht nicht erfüllt seien. Ihre Zuschrift werte ich als förmliche Programmbeschwerde nach § 10 Absatz 2 WDR-Gesetz. Die von Ihnen zitierten Grundsätze sind zwar formal nicht als Prüfmaßstab im Programmbeschwerdeverfahren anzuwenden, sie greifen jedoch inhaltlich die einschlägigen Programmgrundsätze auf. Somit liegt in der Sache eine Rüge von Programmgrundsätzen, wie Sie in § 10 Rundfunkstaatsvertrag und auch § 5 WDR-Gesetz festgelegt sind, vor.

Damit einer Beschwerde stattgegeben wird, ist es jedoch nicht zwangsläufig ausreichend, dass ein journalistischer Fehler nach allgemeinem Verständnis vorliegt. Erst recht reicht es nicht, dass der Beitrag nach Auffassung des Beschwerdeführers oder ggf. des WDR kritikwürdig ist. Es muss vielmehr ein Rechtsverstoß bezogen auf die einschlägigen Programmgrundsätze vorliegen.

Im Rahmen dieses Programmbeschwerdeverfahrens habe ich geprüft, ob ein solcher Verstoß vorliegt. Der Beschwerde kann ich danach nicht abhelfen, da Ihre Vorwürfe nicht zutreffen. Es bleibt Ihnen unbenommen gegen diesen Bescheid den Rundfunkrat des WDR innerhalb eines Monats ab Zugang anzurufen. Dabei hat der WDR-Rundfunkrat, wenn er sich mit der Programmbeschwerde befasst, dieselben rechtlichen Vorgaben zu berücksichtigen wie der Intendant. Die Anrufung ist zu richten an: WDR Köln, Geschäftsstelle des Rundfunkrats, 50600 Köln oder WDR Köln, Intendanz, 50600 Köln.

Gerne erläutere ich Ihnen die Gründe für die Abweisung Ihrer Beschwerde:

Sie gehen davon aus, dass es sich bei dem Schaltgespräch um einen nicht ordnungsgemäß gekennzeichneten Kommentar im Sinne von § 10 Absatz 1 Satz 4 RStV bzw. § 5 Absatz 6 Satz 3 WDR-Gesetz handelt (Gebot der Trennung von Kommentar und Berichterstattung). Alternativ rügen Sie die Nichteinhaltung der journalistischen Sorgfalt bei der Nachrichtengebung (§ 10 Absatz 1 Satz 3 RStV, § 5 Absatz 6 Satz 2 WDR-Gesetz) und des Gebots der unabhängigen und sachlichen Nachrichtengebung bzw. Berichterstattung (§ 10 Absatz 1 Satz 2 RStV, § 5 Absatz 6 Satz 1 WDR-Gesetz).

Zu Ihren Vorwürfen im Einzelnen:

1. Trennung von Kommentar und Berichterstattung (§ 10 Absatz 1 Satz 4 RStV und § 5 Absatz 6 Satz 3 WDR-Gesetz)

Der Bericht über die Absturzursache der russischen Passagiermaschine über dem Sinai ist kein Kommentar. Die *Tagesschau*, in der der Beitrag lief, setzt dieses journalistische Stilmittel generell nicht ein. Kommentare sind ausschließlich den *Tagesthemen* vorbehalten und sind dort formal als solche kenntlich gemacht.

Bei der Schilderung in den Korrespondentenberichten werden die Fakten für das Publikum in verständlicher Form aufgearbeitet und eingeordnet. Es ist zulässig, dass Journalisten Fakten einordnen und damit ein Stück weit auch ihre Meinung einbringen. So geht auch die Literatur davon aus, dass Meinungsäußerungen in Korrespondentenberichten zulässig sind (Flehsig in: Hahn/Vesting, Kommentar zum Rundfunkrecht, 3. Auflage, § 10 RStV, RN 16). Hier zieht unsere Korrespondentin ein Fazit aus der Nachrichtenlage des Tages. Golineh Atai berichtet auf der Grundlage bekannter Tatsachen und ordnet die Informationen ein. In den von Ihnen im Einzelnen kritisierten Formulierungen kann ich keinen „versteckten“ Kommentar erkennen.

2. Gebot der Sachlichkeit und Unabhängigkeit (§ 10 Absatz 1 Satz 2 RStV und § 5 Absatz 6 Satz 1 WDR-Gesetz) sowie Gebot der journalistische Sorgfalt bei der Nachrichtengebung (§ 10 Absatz 1 Satz 4 RStV und § 5 Absatz 6 Satz 3 WDR-Gesetz)

Sie gehen davon aus, dass der Bericht, soweit er nicht als Kommentar einzuordnen ist, gegen die o.g. Grundsätze verstößt. Jedoch gibt es für eine unsachliche Berichterstattung oder einen Verstoß gegen die journalistische Sorgfalt schon keine Anhaltspunkte, da der Wahrheitswert der getroffenen Aussagen nicht zu beanstanden ist. Die Darstellungen von Frau Atai sind korrekt und die eingeflossenen Bewertungen transparent und faktenorientiert begründet.

Im Folgenden möchte ich konkret auf Ihre Kritik und die entsprechenden Passagen im Beitrag in der von Ihnen vorgegebenen Reihenfolge eingehen:

- „Frau Golineh Atai wirft dem russischen Präsidenten damit beweis- und argumentationslos vor, er sei nicht bereits in dem Moment, als die westlichen Ge-

heimdienste ein Attentat vermuteten, an die Öffentlichkeit gegangen(...), sondern aus rein politischem Kalkül und nicht, weil er erst das Vorliegen des Untersuchungsberichtes am 17.11.15 habe abwarten wollen."

Frau Atai geht in der kritisierten Passage auf die Frage des Moderators ein, „Hat es denn etwas zu bedeuten, dass Russland diese Nachricht jetzt, kurz nach den Anschlägen von Paris, bekannt gibt?“ Sie knüpft dann an den Umstand an, dass anderorts offensichtlich bereits Informationen vorlagen, die schon zuvor zu anderen Einordnungen geführt haben als zuvor bei Russland. Vor diesem Hintergrund ist es überraschend, dass sich Russland dann erst später in diese Richtung äußert. Somit liegt auch die Frage nach einem möglichen Kalkül auf der Hand.

Der Untersuchungsbericht der internationalen Expertengruppe, den Sie als wahren Hintergrund für das Abwarten Putins sehen, lag an diesem Dienstag immer noch nicht vor: „Die von ägyptischen Experten geleitete Untersuchungskommission zu dem Absturz sieht dagegen bisher keine Beweise für eine Bombe an Bord. Nach Informationen der Nachrichtenagentur dpa aus dem Luftfahrtministerium hat das Team in Kairo bislang keine Sprengstoffspuren oder andere Anhaltspunkte gefunden.“ (Spiegel Online, 17.11.2015) Und gleichlautend die Nachrichtenagentur Reuters: „Russland hatte bislang auf einen Abschlussbericht der Ermittler verwiesen, der noch nicht vorliegt.“ (Reuters, 17.11.2015)

Es gibt keine Grundlage für die Annahme, dass Präsident Putin den Untersuchungsbericht abwarten wollte. Insofern hat Frau Atai hier auch nicht wahrheitswidrig berichtet.

- *„Frau Golineh Atai lügt das Fernsehpublikum dreist an, als sie behauptet, Putin habe am 16.11. erwähnt, dass alle Versionen eines Absturzes möglich seien. Richtig ist vielmehr, dass er bei einem Treffen mit Italiens Regierungschef am 16.11.2015 gesagt hat, dass ‚die Materialuntersuchungen sich im Abschlussstadium befänden‘. Das ist etwas ganz anderes.“*

Hier möchte ich den kritisierten Beitrag komplett zitieren. So sagt unsere Korrespondentin an der Stelle: „(...)und noch gestern auf dem G20-Gipfel, da hatte Vladimir Putin noch davon gesprochen, dass alle Versionen möglich sind, dass die Ermittlungen weiterlaufen(...)“. Sie spricht also genau das an, was Sie vermissen. Jedenfalls steht die Aussage Atais nicht im Widerspruch zu Ihrer detaillierteren Version, „dass sich die Materialuntersuchungen im Abschlussstadium befänden.“ Putin hatte sich zu diesem Zeitpunkt faktisch noch nicht auf eine Absturzursache festgelegt. Ich halte es daher nicht für gerechtfertigt hier von „dreist lügen“ zu sprechen. Von einer vorsätzlichen Verdrehung von Tatsachen ist nicht auszugehen.

- *„Zur Kategorie Märchen-Journalismus gehört auch die Bemerkung, am 17.11. habe ‚plötzlich‘ Gewissheit über die Absturzursache geherrscht. Frech unterschlägt die ‚Journalisten-Preisträgerin‘, dass US-Techniker an der Absturz-*

Untersuchung mitgewirkt und Einfluss auf den Zeitpunkt der Ergebnis-Veröffentlichungen hatten.“

In den internationalen Leitmedien wird die Zusammensetzung der Expertengruppe anders benannt. So sagt die renommierte „Neue Zürcher Zeitung“: *„Russische, ägyptische, französische und deutsche Experten arbeiten seit Ende Oktober im Sinai und in Kairo an der Auswertung der Katastrophe.“* (NZZ, 17.11.2015). Insofern war nicht davon auszugehen, dass US-Techniker den Zeitpunkt der Veröffentlichung der Ergebnisse mit beeinflusst haben. Eine belastbare Quelle zu anderslautenden Informationen mit Blick auf die Beteiligung von US-Amerikanern nennen Sie in Ihrem Schreiben leider nicht.

- *„Anstelle von Faktischem und Überprüfbarem erfindet sie (Golineh Atai) einfach ominöse ‚Beobachter‘, die ‚glauben‘, dass der Zeitpunkt der Veröffentlichungen ‚kein Zufall war‘. Dem (bösen) Putin sei es nur darum gegangen, eine ‚Image-Katastrophe‘ gegenüber der eigenen Bevölkerung zu vermeiden.“*

Diese Aussage von Golineh Atai ist eine Beschreibung von Tatsachen, verbunden mit der darauf basierenden Einordnung. Sie bezieht sich auf faktische Anhaltspunkte, nämlich Bilder und Aussagen, die die Veröffentlichung der entsprechenden Information als sorgsam initiiert erscheinen lassen. Auch welchen Hintergrund die Abläufe gehabt haben könnten, trägt Frau Atai nachvollziehbar vor. Ihre Einschätzung ist so auch in anderen Medien zu finden.

Dass hier *„skurrilen Meinungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk“* weitergegeben würden, kann ich insgesamt nicht erkennen. Golineh Atai hat den Hintergrund, warum Moskau die Absturzursache der russischen Passagiermaschine jetzt doch als Terroranschlag einstuft, an diesem Dienstag nachrichtlich korrekt wiedergegeben und nachvollziehbar eingeordnet.

Ich hoffe, dass ich Ihnen mit meinem Schreiben die Grundsätze des Programmbeschwerdeverfahrens verdeutlichen konnte und Sie die Überlegungen, die in Ihrem Fall zu meinem Bescheid geführt haben, nachvollziehen können.

Mit freundlichen Grüßen

Eva-Maria Michel
in Vertretung des Intendanten